

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

Bayern geht es wirtschaftlich nach wie vor sehr gut – allen Unkenrufen der Landtagsopposition zum Trotz. So haben wir FREIE WÄHLER die Aktuelle Stunde der FDP mit dem Titel „Bayerns Wirtschaft im Abwärtssog – Wohlstand und Arbeitsplätze sichern“ kommentiert.



Zwar greift in manchen Unternehmen in der Tat eine gewisse Skepsis um sich – doch für Konjunkturpessimismus gibt es weiterhin keinen sachlichen Grund. **Denn die Wirtschaft im Freistaat steht trotz vieler internationaler Herausforderungen robust da und hat beste Kennzahlen vorzuweisen:** Erst im Oktober ging die Arbeitslosigkeit im Freistaat erneut um 0,1 Prozentpunkte auf sehr geringe 2,7 Prozent zurück. **Das bedeutet Vollbeschäftigung!** Zugleich suchen viele bayerische Unternehmen händeringend Fachkräfte. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits reagiert und schafft durch hohe Investitionen in moderne Technologien die Arbeitsplätze der Zukunft. Die FDP wäre deshalb gut beraten, damit aufzuhören, den Standort Bayern kaputtzureden und sich auf Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger einzuschließen. Unser stellvertretender Ministerpräsident ist seit Monaten rund um den Globus unterwegs, um für Bayern neue Märkte zu erschließen. Diese Woche wirbt Aiwanger in China um neue Investitionen für unsere Automobil- und Bauindustrie, für E-Mobilität und Künstliche Intelligenz. Das verdient höchste Anerkennung statt pauschalem Minister-Bashing.

Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- **Brexit – Wie geht's weiter?**
- **Projekt zum Management von Saatkrähen**
- **Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie**
- **Stärkung der Lehrergesundheit**

Rückblick

Das Brexit-Drama will nicht enden – nächster voraussichtlicher Termin für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ist der 31. Januar 2020. Über die damit verbundenen Risiken für Bayerns Wirtschaft haben wir FREIEN WÄHLER mit Experten aus Wirtschaft und Verbänden beim Fachgespräch „**Brexit – wie geht's weiter**“ diskutiert. Unser Fazit: Der Brexit sendet ein fatales Signal an Europa! Die Nationalstaaten Europas brauchen eine Klammer, die sie zusammenhält – das ist die zentrale Erkenntnis aus zwei furchtbaren Kriegen im vergangenen Jahrhundert. Eine Erkenntnis, die glücklicherweise in die Gründung der Europäischen Union mündete und auch das „Nie wieder Krieg“ begründete. Genau dieses „Nie wieder“ wird durch den Brexit infrage gestellt – obwohl nur eine hauchdünne Mehrheit von 51,9 Prozent der Bürger Britanniens für den Austritt stimmte.



Beim Fachgespräch „Brexit – wie geht's weiter“ diskutierten Frank Dollendorf, Bereichsleiter International, Industrie, Innovation und Außenwirtschaft der IHK München/Oberbayern, Fraktionschef Florian Streibl, Dr. Barbara Richter von der Konzernplanung und Konzernstrategie der BMW Group, Tobias Gotthardt, Vorsitzender des Europaausschusses und europapolitischer Fraktionssprecher sowie Wirtschaftsstaatssekretär Roalnd Weigert über die Folgen des Brexits für die bayerische Wirtschaft.

Der Brexit wirkt sich bereits heute negativ auf unsere Wirtschaft aus. Allein im vergangenen Jahr haben wir dadurch in Bayern Geschäfte im Wert von rund acht Milliarden Euro verloren. Selbst unter voller Ausnutzung einer

verlängerten Übergangsfrist bis Ende 2022 ist fraglich, ob in diesem Zeitraum ein Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Großbritannien erzielt werden kann. Und selbst mit Abkommen beläuft sich der volkswirtschaftliche Verlust immer noch auf jährlich rund 500 Millionen Euro. Die Wirtschaftsattraktivität leidet also zweifelsohne auf beiden Seiten – besonders kleine Unternehmen werden mit den Brexit-Folgen schwer zu kämpfen haben. Wichtig ist deshalb – wo möglich – Schadensbegrenzung zu betreiben und den EU-Binnenmarkt, in den immerhin 60 bis 70 Prozent der deutschen Exporte gehen, zu schützen.

Bislang geschützt ist auch die Saatkrähe. Doch seit einigen Jahren nehmen von Saatkrähen verursachte Schäden in Bayern ständig zu. Besonders betroffen sind neben der Landwirtschaft, die bei der Aussaat und beim Obst teils erhebliche Verluste zu beklagen hat, auch besiedelte Gebiete. Maßnahmen zur Vergrämung der Vögel haben das Problem nur verlagert: Die Tiere suchen sich neue Brutplätze und bilden dort große Kolonien. Deshalb wollen wir ein **Projekt zum Management von Saatkrähen** auflegen, um zu überprüfen, ob der bisherige Schutzstatus der Krähe noch gerechtfertigt ist. Denn Saatkrähen haben in unseren Breiten praktisch keine natürlichen Feinde. Das hat zu einer deutlichen Zunahme der Bestände geführt. Auch in den Städten zeigen sich zunehmend unerwünschte Auswirkungen: Dort machen sich die Krähen an Mülleimern, Fensterkitt oder Komposthaufen zu schaffen und ihr Geschrei und ihre Hinterlassenschaften sind in einigen Teilen Bayerns, darunter Schwaben, längst zu einer unzumutbaren Belastung für die Bürger geworden. Wir FREIE WÄHLER schlagen deshalb die Modellregion „Krähenmanagement“ in Schwaben vor. Dort wollen wir Best-Practice-Beispiele erarbeiten, wie mit dem wachsenden Problem umzugehen ist. Sollte die Populationsentwicklung weiter steigen und die Arterhaltung damit garantiert sein, wollen wir uns in einem zweiten Schritt dafür stark machen, dass sich die Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene für eine Änderung des Schutzstatus der Saatkrähe einsetzt.

Ebenfalls auf EU-Ebene entschieden worden ist die neue **Feuerwaffenrichtlinie**. Wir sind der Meinung, dass Deutschland bereits ein sehr strenges und gut kontrolliertes Waffenrecht hat. Wir FREIE WÄHLER möchten daher nicht, dass eine Verschärfung erneut zulasten von Jägern, Sport- und Brauchtumsschützen geht. Die Anforderungen für den Besitz bereits zuvor legal erworbener Waffen sollen mit dem aktuellen Waffenrechtsänderungsgesetz jedoch in erheblichem Maße angehoben werden. Das bringt Bayerns Bürgern keinerlei zusätzliche Sicherheit vor Terroranschlägen und es wird auch nicht von der Europäischen Union gefordert. Wir setzen uns stattdes-

sen für eine Änderung mit Augenmaß ein und wollen vor allem den Extremismus bekämpfen – soweit dies durch die Umsetzung der EU-Richtlinie erforderlich und geboten ist.

Eingesetzt haben wir uns auch für die Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat. Denn nur Lehrkräfte, die motiviert sind und sich ihrem anspruchsvollen Beruf gewachsen fühlen, können Schülerinnen und Schüler so fördern, dass diese ihre individuellen Talente und Begabungen entfalten und gute Lernergebnisse erzielen. Mit einem Antragspaket zur Gesundheitsförderung an Schulen setzen wir uns deshalb für die **Stärkung der Lehrkräftegesundheit** ein. Um den wachsenden Herausforderungen im Bildungsbereich begegnen zu können – etwa der Integration oder der Inklusion – müssen Lehrkräfte über Konzentrationsvermögen, psychische Widerstandskraft, Geduld und Ausdauer verfügen. Diese Fähigkeiten zu erhalten und zu stärken, um Lehrkräfte fit für neue Herausforderungen und Aufgaben zu machen, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. In den vergangenen Jahren ist bereits viel getan worden, um die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte stetig zu verbessern. Allerdings gibt es keine einheitlichen Regelungen zur Gesundheitsförderung an Schulen. Deshalb wollen wir einen Überblick über aktuell laufende Maßnahmen gewinnen, um gegebenenfalls mit geeigneten Angeboten nachjustieren zu können. Wir haben die Staatsregierung deshalb ersucht, über Angebote, die der Gesundheitsvorsorge insbesondere im Bereich der psychischen Belastungen dienen, zu berichten. Außerdem wollen wir wissen, welche Fortbildungen zur Schulklimaverbesserung angeboten werden. Schließlich trägt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wesentlich zur Bildungsqualität bei und könnte präventiv gegen Langzeiterkrankungen und Frühpensionierungen wirken – und damit auch zur Sicherung der Unterrichts- und Lehrerversorgung beitragen.

Impressum
